

Mehr Platz für Baustoff-Endlager

HESSHEIM: Die Süd-Müll GmbH & Co. KG in Heßheim will für bis zu 30 Millionen Euro ihre Deponie erweitern, um länger verunreinigte Böden aufnehmen zu können. Umweltschutzverbände und Fachleute beraten am 29. September, welche Untersuchungen für das Genehmigungsverfahren notwendig sind.

VON WALTRAUD WERDELIS

Für die Erweiterung hat Süd-Müll 5,3 Hektar im Osten seines Geländes zwischen Heßheim und Gerolsheim im Visier. Dort soll ein weiterer Endlager für verunreinigte Böden entstehen. Es geht um mineralischen Bauschutt, der nicht mehr wiederverwertet werden kann. „Teerhaltiger Straßenaufbruch, Strahlsande, Schlacken, mit denen man früher Radwege aufgebaut hat, Asphalt mit Asbest oder alte Lärmschutzwände“, zählt Heinrich Ludwig, Deponie-Betriebsleiter und Prokurist bei Süd-Müll, Beispiele auf. Was genau später auf dem Teil der Heßheimer Deponie, der mal eine Kiesgrube war und momentan als Holz-Zwischenlager genutzt wird, abgeladen werden dürfe, entscheide die SGD. Auch Beton, der mit Schadstoffen eine untrennbare Verbindung eingegangen ist, soll auf der Deponie seine letzte Bleibe finden.

„Das ist nichts Neues“, erklärt Gernot Eberhard, der mit seinen Söhnen Benedikt und Dominic die Firmengruppe Willersinn leitet, zu der Süd-Müll gehört. Solche Abfälle würden schon seit Langem angenommen. Es gehe lediglich um die Fortführung dieses Betriebszweigs. Denn: „Unser Deponieraum wird knapper, er reicht vielleicht noch für drei bis vier Jahre, aber es fällt in der Region noch viele Jahre lang solcher Bauschutt an“, sagt Eberhard und weist auf das ehemalige Sportplatzgelände in der Frankenthaler Schraderstraße hin. Dort steckt die Umwandlung des Geländes in Bauland, weil sich im Boden Altlasten befinden (wir berichteten). „Gerade hier im Rhein-Neckar-Raum gibt es einen großen Deponiebedarf.“

Mit dem jetzt angemeldeten Vorhaben vergrößere sich das Volumen um 20 bis 25 Prozent. Das bedeutet: Bei einer jährlichen Ablagerungs-



Bauschutt, der belastet und zu nichts mehr nütze ist, wird jetzt schon in Heßheim deponiert.

FOTO: BOLTE

menge von 80.000 Kubikmetern könnte die Deponie knapp 29 Jahre weiterbetrieben werden. Dann hätte sie ein Volumen von 2,3 Millionen Kubikmetern und wäre 167 Meter hoch (über Normal-Null). Das geht aus den Unterlagen für den bevorstehenden Termin mit Fachleuten hervor. Gernot

Eberhard, der Schwiegersohn des Firmengründers Herbert Willersinn, spricht gegenüber der RHEINPFALZ von Standortsicherung. Immerhin seien auf der Deponie rund 300 Menschen beschäftigt – um die 600 sind es in der Firmengruppe. Das Geschäft mit der Lagerung von verunreinigten

Böden soll durch die geplante Erweiterung in drei Abschnitten verlängert werden. Das Investitionsvolumen schätzt die Firmenleitung auf 25 bis 30 Millionen Euro. Hinzu kommen Kosten für eine weitere Sickerwasser-Aufbereitungsanlage. Sie dient der Reinigung des aufgefangenen Depo-

nie-Sickerwassers, bevor es zur Kläranlage geleitet wird.

Gernot Eberhard betont, im bevorstehenden Antrags- und Genehmigungsverfahren „offen und ehrlich kommunizieren“ zu wollen. Die Gemeinde Heßheim und die Schutzgemeinschaft gegen Mülldeponie seien bereits informiert worden. Große zusätzliche Beeinträchtigungen für die Nachbargemeinden kann die Firmenleitung derzeit in dem Vorhaben nicht erkennen. Da es bei der Erweiterung um den längerfristigen Erhalt dieser Betriebssparte gehe, werde es beispielsweise nicht zu einem plötzlichen Anstieg von Schwerlastverkehr kommen. „Wir haben kein Interesse daran, die Abfallmengen über das jetzige Maß hinaus zu steigern, etwa indem wir die Preise senken“, sagt Benedikt Eberhard. Die Silhouette des Betriebsgeländes verändere sich auch nicht, weil sich das geplante Lager vor dem bestehenden großen Deponiehügel befinde.

Was die Umweltverträglichkeit betrifft, verweisen die drei Geschäftsführer auf die für eine solche Deponie der Klasse 2 vorgegebenen Auflagen, beispielsweise was Abdichtung und Sickerwasser betrifft. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd in Neustadt hat Anfang der Woche Vertreter öffentlicher Umweltbelange zum Scoping-Termin am 29. September eingeladen. Die Fachbehörden und Naturschutzverbände sollen helfen, den Umfang der Untersuchungen vor einer etwaigen Genehmigung des Projekts zu bestimmen. Dazu gehören mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie auf Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft. Mit den Untersuchungen wird die Gesellschaft für Landschaftsanalyse und Umweltbewertung in Kaiserslautern beauftragt.